

Reaktion auf die neue Weltordnung. Voraussetzungen und Hindernisse europäischer Solidarität

Roland Sturm

Die strategische Ausgangslage scheint klar. Die USA, Russland und China sind die Machtfaktoren einer multipolaren Welt. Europa bleibt keine Wahl. Einzelne europäische Länder können sich alleine an der globalen Auseinandersetzung der Weltmächte nicht erfolgreich beteiligen. Logisch wäre ein gemeinsames europäisches Interesse und europäische Fähigkeiten (auch militärische) zu formulieren. Einer solchen Strategie stehen mindestens zwei Hindernisse entgegen. Zum einen sind die europäischen Staaten, selbst wenn wir nur die EU-Mitgliedstaaten betrachten, nicht einig, was die Basis der europäischen Zusammenarbeit sein soll. In der Logik der Mächtekonkurrenz wären es die „Vereinigten Staaten von Europa“, also eine Vertiefung der Integration bis hin zu einer gemeinsamen Armee. In Zeiten nationaler Populisten, denen ein „Europa der Vaterländer“ oder gar ein EU-Austritt vorschwebt (der Brexit wurde bereits vollzogen), ist eine vertiefte Integration aller EU-Mitgliedstaaten kaum denkbar. Es bleibt die traditionelle Außenpolitik der Zusammenarbeit souveräner Staaten, im günstigen Fall die „Offene Methode der Koordinierung“. Letztere bedeutet, dass die EU Leitlinien und Zielvorstellungen entwickelt, die im nationalen Rahmen und in mitgliedstaatlicher Abstimmung auf freiwilliger Basis und außerhalb des Institutionengefüges der EU umgesetzt wird. Angesichts des Zeitdrucks und der Größe der gegenwärtigen Probleme bedeutet Freiwilligkeit einen Entscheidungsprozess in Europa, der auf eine variable Geometrie (die von Politikfeld zu Politikfeld variierende Kooperation der „Willigen“) vertraut. Das sollte ausgesprochen werden, und im Hinblick auf die Folgen einer solchen Kooperation für die Finalität der europäischen Integration diskutiert werden. De facto kann in der Verteidigungspolitik ohne die „Willigen“ Frankreich und UK wohl nichts bewegt werden.



Prof. i.R. Dr. Roland Sturm

Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg

Der Kommission fällt es schwer, demokratisch legitimiert, also als quasi „europäische Regierung“, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Die Lissabonner Verträge, auf denen ihre heutigen Handlungskompetenzen beruhen und die ihre Legitimationsreserve sind, sind immer noch deutlich geprägt von der Geschichte der EU als Wirtschaftsunion. Will die EU grüner oder militärischer werden, bedarf es nicht nur der Überzeugungsarbeit in den Mitgliedstaaten, sondern eigentlich auch dringend einer Vertragsrevision, die die neuen Prioritäten legitimiert. Wie soll, beispielsweise, aus Artikel 42 EUV (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) eine europäische Armee entstehen, die einen Aggressor abschrecken kann. Der Artikel atmet den Geist der Einstimmigkeit basierend auf dem Grundsatz nationaler Souveränität. Die EU-Kommission sieht sich aber immer mehr in die Rolle der politischen Allzuständigkeit gedrängt, die sie faktisch nicht wahrnehmen kann und auf der Grundlage der heutigen Verträge wohl auch nicht wahrnehmen sollte. Das Problem ist schwierig zu lösen. Schwerwiegende Vertragsänderungen bedürfen nicht nur der Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten, sondern auch der Vorarbeit eines mit Komplexität kämpfenden und kaum zu fokussierenden Konvents von Vertretern der nationalen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission. Es ist unwahrscheinlich, dass sich eine der europäischen Regierungen auf dieses in den europäischen Verträgen vorgesehene Vertragsänderungsverfahren einlässt. Will man verhindern, dass die Inhalte und die Realität europäischen Entscheidens sich weiter von den Vertragsgrundlagen der europäischen Integration entfernen, bleibt nur Pragmatismus. Die Kommission wird bescheidener, und schlüpft in die Moderatorenrolle bis die europäische Union eine quasi-Staatlichkeit erreicht hat. Die „Willigen“ schreiten heute voran, was hoffentlich die notwendige Finalitätsdebatte zur europäischen Integration nicht erledigt, denn der permanente Verhandlungsprozess, den Europa angesichts seiner Vielfalt leisten muss, ist ein permanenter Nachteil im Wettbewerb mit den anderen monolithischen Großmächten.